

Bei den Friedensverhandlungen in Havanna steht zurzeit die Schaffung weiterer sog. Reservezonen für Kleinbauern im Mittelpunkt. Die FARC möchte dieses seit 1994 per Gesetz bestehende Instrument, das der Sicherung bäuerlichen Kleinbesitzes in festzulegenden Gebieten dienen soll, stark ausdehnen und außerdem derartigen Zonen weitgehende Verwaltungsautonomie zuerkannt sehen.

Kritiker sehen darin den Versuch der FARC, zu ähnlichen Konstrukten zu gelangen, wie es ihnen mit der Anfang 2002 aufgehobenen entmilitarisierten Zone zuerkannt wurde und wo sie de facto eine eigene Rechtsordnung schuf, die von der des Landes stark abwich.

Nach den bereits hier wiedergegebenen Berichten und Kommentaren zu diesem Thema folgt nun ein sehr kritischer Kommentar des Analysten Alfredo Rangel aus dem Wochenmagazin SEMANA vom 23.3.2013:

Die FARC fordert das halbe Land

Die sogenannten "Zonen der kleinbäuerlichen Reserve" (span. Zonas de Reserva Campesina, ZRC), sowie auch andere spezielle Zonen wie die Territorien der indigenen und der afrokolumbianischen Bevölkerung, bilden einen Teil der Strategie der FARC, um auf mittlere und längere Sicht territoriale Kontrolle zu erlangen. Die Guerrilla nutzt den Dialog in Havanna, um über ihn diese Zonen zu Rückzugsgebieten zu machen, in denen sie ihre territoriale Kontrolle und die Dominanz über die dortige Bevölkerung konsolidieren möchte.

De facto hat die FARC innerhalb ihrer Strategie, die Agenda in Havanna weitestmöglich auszudehnen, um die Dauer der Verhandlungen so weit wie möglich zu verlängern, eine Unzahl von Themen zum ersten Punkt der Gespräche in Havanna hinzugefügt, der eigentlich auf die integrierte ländliche Entwicklung konzentriert sein sollte. So hat sie in absurder Weise in diesen Punkt z.B. die Reduzierung der Streitkräfte und des Verteidigungshaushalts, die Änderung der Doktrin der Sicherheit des Staates, die Revidierung der Energie- und Bergbaupolitik, die Abschaffung der bestehenden Freihandelsabkommen Kolumbiens mit 11 Staaten einbezogen, neben anderen hübschen Themen. Und natürlich gehört dazu auch die Änderung der territorialen Ordnung des Staates in Abhängigkeit von den strategischen Interessen der Guerrilla; dies ist der Punkt, an dem die ZRC und andere spezielle Zonen ins Spiel kommen.

Dabei kommt die FARC nicht mit Kleinigkeiten. Sie fordert ZRC von insgesamt 9 Millionen Hektar, weiter "Zonen der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion" von weiteren 7 Millionen Hektar, wozu dann die ca. 30 Millionen Hektar der bestehenden Zonen der indigenen Bevölkerung und die 4 Millionen Hektar der Zonen der afrokolumbianischen Bevölkerung kommen, womit dann ca. 50 Millionen Hektar erreicht wären, die diese Zonen spezieller Jurisdiktion umfassen würden, was ca. 40% des gesamten nationalen Territoriums ausmache. Für diese Jurisdiktion fordert die FARC politische, wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Autonomie, was nichts anderes bedeutet, als dass die Staatsgewalt über fast die Hälfte des Staatsgebiets keine Souveränität besäße und dass wir vor der Auflösung der Nation stünden. Ich betone, dass es keine Kleinigkeit ist, wenn die FARC mit zynischem Hochmut die Erfüllung dieser Forderungen zur Bedingung für ihre Unterschrift unter ein Friedensabkommen macht und die Regierung vom guten Verlauf der Gespräche und der Unterschrift binnen weniger Monate spricht.

Diese Forderung der Guerrilla ist konsistent mit ihrer strategischen Vision von den Friedensgesprächen, welche die Regierung anscheinend nicht begriffen hat. Für die FARC bedeutet eine eventuelle Unterschrift unter ein Friedensabkommen weder zugleich ein Niederlegen der Waffen- was sie total ablehnt- noch eine Übergabe derselben. Für die Guerrilla beginnt vom Friedensschluss an eine lange Periode, während deren die Regierung ihre

eingegangenen Verpflichtungen Punkt für Punkt umsetzen muss. Währenddessen behielte die FARC ihre Waffen, ohne auf deren Gebrauch zu verzichten und sie ließe sich in diesen Zonen besonderer Jurisdiktion nieder. Dort teilte sie sich mit dem Staat das Gewaltmonopol und es bildete sich ein System der dualen Macht oder der Nebenregierung heraus. Und nochmals: Das geschähe in fast der Hälfte des Staatsgebiets.

Die FARC sind eine Machtgruppe, bewaffnet und terroristischen Charakters, die über keinerlei soziale Repräsentativität und politische Legitimität verfügt, weder auf dem Land, noch in den Städten. Hinter ihr steht keine einzige Bewegung der Bauern oder der Bürger der Städte. Aber als Ergebnis der Vereinbarungen von Havanna will sie die Kontrolle über nahezu die Hälfte des kolumbianischen Staatsgebiets erlangen. Ihre Strategie, versteckt hinter ein paar Friedenstäubchen, ist klar. Für eine Guerrilla wie die FARC mit ihrer strukturellen und unüberwindbaren Unfähigkeit, in urbane Zonen einzudringen und sich dort anzusiedeln, ist das Einheimsen ländlicher Gebiete eine Frage von Leben und Tod. In der Behauptung, Erweiterung und Konsolidierung der Kontrolle über ländliche Gebiete setzt sie auf ihre Zukunft als Machtfaktor.

Dies ist das Motiv der FARC, weshalb sie in Kuba die Schaffung autonomer Jurisdiktion in diesen speziellen Territorien verlangt. Offensichtlich geht es ihr nicht um die integrierte ländliche Entwicklung. Es geht um Machtfragen. Eine garantierte territoriale Kontrolle bei bestehender Bewaffnung, zusammen mit geschwächten Streitkräften und dem Verbot von Antiguerrilla-Aktionen in diesen Gebieten bedeutete totale und automatische Straffreiheit für die FARC für jegliche Verbrechen und dies sind nur einige der Zutaten, die sie in die Gespräche in Havanna einbringt.

Und all dies macht die Guerrilla, ohne dass die Regierung all dies offenbar begreift, wozu noch die Unterstützung durch einige fromme Gruppen kommt, die den Frieden wollen, was immer er kostet- eingeschlossen die Straflosigkeit, die soziale Demoralisierung, die nationale Desintegration und die dann folgende Rückkehr der Gewalt.....